

Das alles aber kann sich nie in einer bloß rationalen Abwägung vollziehen. Es setzt geistliche Erfahrung, Buße und Bekehrung voraus. Und die wiederum beginnt ganz konkret damit, daß wir das Mißtrauen gegeneinander überwinden, die soziologisch begründete Abwehr gegenüber dem Fremden, dem Anderen und daß wir den Herrn, den wir doch alle suchen, immer wieder wichtiger nehmen als uns selbst: Er ist unsere Einheit, das Gemeinsame – nein: der Gemeinsame zwischen und in allen Konfessionen.

Gesamtkonzept kirchlicher Publizistik?

Von Otto B. Roegele und Franz Greiner

Ein Gesamtkonzept für die publizistische Aktivität der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland soll ausgearbeitet werden. Diese Forderung wird seit einigen Monaten von verschiedenen Seiten erhoben, mehrere offizielle Gremien haben sie sich zu eigen gemacht, und niemand scheint daran zu zweifeln, daß ihre Erfüllung nicht nur höchst wünschenswert, sondern auch möglich ist, obwohl es dergleichen bisher in keinem Lande der Welt gibt.

Ursachen und Umstände des Rufes nach einem publizistischen Gesamtkonzept sind nur zu erklären, wenn einige Aspekte des Falles »Publik« in die Betrachtung einbezogen werden:

Der Beschluß der Bischofskonferenz aus dem Jahre 1968, kirchliche Gelder in bisher ungekannter Höhe für den Start eines einzelnen publizistischen Unternehmens aufzuwenden, hatte die unvermeidliche Nebenwirkung, daß mehrere andere Aufgaben kirchlicher Publizistik finanziell nicht so gut ausgestattet wurden, wie es nötig gewesen wäre. Man gab sich zunächst der Hoffnung hin, der enorme Aufwand für »Publik« werde es in wenigen Jahren dahin bringen, daß dieses Blatt sich selbst tragen könnte. Die allzu unkritische Interpretation von Marktanalysen und Ertragsprognosen ließ solche Hoffnungen gedeihen, obwohl Pressefachleute sich immer skeptisch äußerten.

Als die für die Startphase von fünf Jahren vorgesehenen fünfzehn Millionen DM schon nach einem Jahr, nämlich im Herbst 1969, aufgebraucht waren, sprangen elf Bistümer in die Bresche und verpflichteten sich, weitere dreizehn Millionen DM aufzubringen. Dadurch wurden die für andere publizistische Zwecke verfügbaren Mittel noch weiter vermindert; das Bistum Limburg kürzte sogar seinen vereinbarten Beitrag zum überdiözesanen Haushalt (Missionen, Entwicklungshilfe), um den für »Publik« übernommenen Zusatzverpflichtungen nachzukommen. Drei Jahre nach dem Start, im Oktober 1971, hatte »Publik« schon 24 Millionen DM verbraucht und forderte weitere 19 Millionen DM, um das Jahresende 1973 erreichen zu können. Für jedes folgende Jahr wurde ein Subventionsbedarf von mindestens sechs Mil-

lionen DM angegeben. Von Starthilfe war nicht mehr die Rede; »Publik« verlangte jetzt die Garantie einer unbefristeten Subvention. Die Mehrheit der Bistümer sah sich dazu nicht in der Lage, zumal die früheren Fehlkalkulationen Zweifel hinterlassen hatten, ob die neuen Rechnungen aufgehen würden. Außerdem waren die Haushalte längst verabschiedet; Summen solcher Größenordnung konnten nicht einfach zusätzlich eingeplant werden, sie hätten anderen Zwecken entzogen werden müssen. Immer deutlicher zeigte es sich, daß der Aufwand für »Publik« »jegliche Relationen sprengte«¹. Für den Gesamtbereich Publizistik enthält der überdiözesane Haushalt 1972 nur fünf Millionen DM; sein Gesamtvolumen liegt bei 135 Millionen DM.

Obwohl die denkbar stärkste Pression auf die Bischöfe ausgeübt worden war, vor allem mit dem Argument, Geld dürfe bei einer so exzeptionellen Angelegenheit keine Rolle spielen, mußte »Publik« mit der Nummer vom 19. November 1971 sein Erscheinen einstellen. Die Welle des Druckes, der für eine Fortführung ausgeübt worden war, schlug sofort in eine Welle der Entrüstung um. Darunter verschwanden gänzlich die Fakten, die erst bei der Einstellung von »Publik« bekannt wurden: Trotz riesiger Aufwendungen für die Werbung war es »Publik« nicht gelungen, einen Stamm von mehr als 35 000 »echten Abonnenten« zu gewinnen. Die hohe Auflage, mit der man den Erfolg des Blattes begründet hatte, erwies sich – vorsichtig ausgedrückt – als außerordentlich labil. Daß ein nennenswerter Anzeigenteil nicht hatte aufgebaut werden können, war allerdings schon vorher bekannt und für Fachleute auch nicht verwunderlich.

Die Stunde der Wahrheit blieb allerdings aus. Wer die deutschen Bischöfe tadelte, weil sie sich geweigert hatten, den insgesamt 32,5 Millionen DM (für drei Lebensjahre von »Publik«) weitere sieben- oder achtstellige Summen nachzuschießen, wollte nicht zur Kenntnis nehmen, daß hier ein Experiment gescheitert war, weil die Beteiligten einige elementare Faktoren des Pressewesens nicht erkannt oder falsch eingeschätzt hatten.

Der Chefredakteur von »Publik« erklärte in seinem Abschieds-Leitartikel, das Blatt sei »am katholischen Milieu« gescheitert. Das ist in gewissem Sinne völlig richtig; es kommt aber auf die Übersetzung von »Milieu« an. Die Redaktion hat an der katholischen Mitte vorbeigeschrieben und sich damit die Chance einer breiteren Leserschaft im Kirchenvolk verscherzt.

Bei der hochemotionalisierten öffentlichen Debatte über den Einstellungsbeschuß spielte es eine große, wiewohl unausgesprochene Rolle, daß »Publik« eine Art paradiesischer Spielwiese für Redakteure war. Die Bischöfe bezahlten, das vierzehnköpfige Treuhändergremium konnte von Anfang an seine Herausgeberfunktionen nicht ausreichend geltend machen. Es erfolgte auch kein Eingriff, als sich der Mehrheit der Bischöfe Bedenken über den theologischen und kirchenpolitischen Kurs des Blattes bemächtigten. An dieser Feststellung ändert auch die späte Bestellung eines theologischen Beratergremiums nichts. Aber der grundlegende Strukturfehler des Blattes – keine verantwortliche Herausgeberschaft – mit der Folge einer totalen Redaktionsherrschaft hatte seine Kehrseite: Die verlegerische Funktion konnte nicht aus-

¹ K. W. Kraemer, Entsteht jetzt eine »Publik«-Legende? In: KNA-Kommentar vom 25. November 1971.

reichend wahrgenommen werden. Niemand sorgte dafür, daß die Rückmeldungen aus dem Publikum ihre Adressaten erreichten und von ihnen beachtet wurden. Das Ziel, das die Bischöfe mit der Gründung anstrebten, die klärende Debatte zwischen *allen* Stimmungen und Meinungen des deutschen Katholizismus, in der sich ein neuer Konsens herstellen sollte, wurde nicht erreicht; man entfernte sich vielmehr von ihm. Das Blatt nahm aktiv und passiv an dem Polarisierungsprozeß teil, dem es eigentlich entgegenwirken sollte.

Schon am 5. November 1971, also zehn Tage vor dem Einstellungsbeschluß, hatte die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken »alle verantwortlichen Gremien« aufgefördert, »ein Gesamtkonzept der kirchlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Publizistik anzustreben und in diesem Rahmen sicherzustellen, daß die bestehenden Presseorgane, die das plurale Bild der Meinungen, die im deutschen Katholizismus bestehen, widerspiegeln, im gleichen Maße gefördert und Einrichtungen, die zentrale Aufgaben im Dienste des Ganzen erfüllen, sowie die Kirchenpresse zeitgemäß ausgebaut und entwickelt werden«. Diese Resolution war zustandegekommen, nachdem ein Antrag, »Publik« um jeden Preis zu erhalten, in heftiger Diskussion über kritische Einwände gegen Linie und Geschäftsgebaren der Zeitung gescheitert war.

Man darf annehmen, daß es eine Anknüpfung an diesen Gedanken einer Überprüfung aller bestehenden Aktivitäten der Kirche auf dem Gebiet der Publizistik bedeutete, wenn das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in seiner Erklärung vom 15. November 1971 nicht nur die Unmöglichkeit feststellte, »Publik« die geforderten Summen auf unbegrenzte Zeit zu garantieren, sondern auch die Aufgabe formulierte, »die Beendigung des Erscheinens von ›Publik‹ nicht zum Anlaß eines Rückzugs der Kirche aus der Publizistik zu machen, sondern wirksamere andere Wege der Kommunikation zu finden ...«. Die zuständigen Kommissionen der Bischofskonferenz, so hieß es ferner, seien beauftragt, »umgehend Überlegungen anzustellen, auf welche Weise die kirchliche Präsenz in vorhandenen Presseorganen und der laufende Kontakt mit allen Kommunikationsmitteln verstärkt werden können«.

Am 20. November 1971 plädierte der Kirchensteuerrat des Bistums Münster »für eine Gesamtplanung der kirchlichen publizistischen Arbeit, in der die verschiedenen Auffassungen im deutschen Katholizismus zur Geltung kommen«², und schlug vor, daß dafür jährlich etwa zwölf Millionen DM aus Kirchensteuermitteln aufgebracht werden sollten. Auch in den Verhandlungen der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz war schon vor dem 15. November 1971 das Stichwort »Gesamtkonzept« gefallen.

So war der Boden vorbereitet, als die Zentralkommission der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Sitzung am 21. Dezember 1971 den von 87 Synodalen unterzeichneten Antrag, eine Sondervollversammlung einzuberufen, dahin beschied, das Präsidium solle die für die Zeit vom 11. bis 14. Mai 1972 bereits einberufene reguläre Plenarversammlung um einen Tag verlängern, wobei am 15. Mai 1972 dann über die Konsequenzen aus dem Fall »Publik« diskutiert werden solle. In einem wie umfassenden (und möglicherweise grundstürzenden) Sinne dabei das Wort Konsequenzen aufzufassen ist, zeigen die

² KNA-Informationsdienst vom 22. 11. 1971.

von der Zentralkommission der Synode auf ihrer Sitzung am 7. und 8. Januar 1972 beschlossenen Beratungsgegenstände für die Mai-Vollversammlung: »Grundsätze für ein Gesamtkonzept kirchlicher Publizistik« und Grundsätze für die Strukturen kirchlicher Entscheidungsgremien und -prozesse«. Um die Diskussion über das erstgenannte Thema vorzubereiten, wurde eine Gemischte Kommission aus je sieben Mitgliedern der Synoden-Kommission I (Glaubenssituation und Verkündigung), V (Gesellschaftliche Aufgaben der Kirche) und VI (Erziehung, Bildung, Information) eingerichtet, die eine entsprechende Vorlage ausarbeiten soll. Sie wird sich dabei auf ein bereits von der »Arbeitsgruppe Medien« vorgelegtes und der Öffentlichkeit zur Diskussion übergebenes Dokument stützen können – sofern sie es wünscht –, nämlich auf den Text »Grundsätze kirchlicher publizistischer Arbeit«, der anhand von »Inter mirifica« und »Communio et progressio« ausgearbeitet wurde.

Dieser Beschluß der Zentralkommission wurde in der Öffentlichkeit so gut wie nicht kritisiert; unter den Synodalen gibt es freilich starke Vorbehalte³. Die Erwartungen, die sich mit der Behandlung der Konsequenzen aus dem Fall »Publik« auf der Synode verbinden, sind sehr unterschiedlich:

Die »Publik«-Anhänger hoffen vor allem auf eine Wiederbelebung dieses Blattes. Eine »Leser-Initiative Publik« soll 17 000 Unterschriften gesammelt haben, deren Inhaber bereit seien, ein neues »Publik« zu abonnieren. Die Zwischenzeit soll durch ein Ersatz-Periodikum überbrückt werden.

Die Kritiker der einseitigen und alle bisherigen Proportionen sprengenden »Publik«-Finanzierung erwarten, daß der Nachholbedarf bei anderen publizistischen Einrichtungen der Kirche endlich befriedigt werde. Sie erinnern an längst und wiederholt gestellte, von mehreren Gutachtern übereinstimmend befürwortete Anträge auf Ausbau der Katholischen Nachrichten-Agentur, auf stärkere Förderung des Katholischen Nachwuchses für die publizistischen Berufe, auf die Finanzierung einer Lesermarktanalyse für die Kirchenpresse u. a. m. Presseorgane, die durch die außerordentliche Förderung eines konkurrierenden Blattes Nachteile im Wettbewerb in Kauf nehmen mußten, hoffen auf einen Ausgleich dieser Wettbewerbsverzerrung.

Pläne für ein kirchliches »Institut für Publizistik«, für eine erhebliche Verstärkung der kirchlichen Aktivität gegenüber den Rundfunkanstalten, für den Aufbau einer umfassenden medienpädagogischen Arbeit und für ein kirchliches System audiovisueller Angebote – das alles sucht einen Platz im geplanten »Gesamtkonzept«.

Nun muß wohl beachtet werden, daß die Empfehlung der Zentralkommission der Synode bezüglich der Beratungsthemen für den »Sondertag« der Plenarversammlung im Mai nicht das Gesamtkonzept selbst, sondern Grundsätze für ein solches zum Inhalt hat. Aber es ist nicht ganz klar, wie das zu verstehen ist. Wo enden die Grundsätze, wo beginnt deren Anwendung? Es ist schwer vorstellbar, daß in einem Bereich, der so ganz und gar zur Praxis des kirchlichen Alltags gehört, Grundsätze ohne – zumindest exemplarische – Sichtbarmachung dessen, was sie dann praktisch

³ Die Resonanz der Synodalen auf den Beschluß der Zentralkommission entspricht annähernd der unter den Mitgliedern des Kulturbeirates beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken auf den vor einem Jahr diskutierten Entwurf eines Rahmenplanes zur Vereinheitlichung, sprich Zentralisierung aller katholischen Einrichtungen in der Bundesrepublik, die sich mit Bildungs- und Ausbildungsfragen befassen. Der Plan wurde in der Zwischenzeit fallen gelassen.

bedeuten und bewirken sollen, überhaupt nutzbringend erörtert werden können. Wer also die Grundsätze nicht bloß in allgemeiner Weise, wie sie etwa bereits im Konzilsdekret »Inter mirifica« und in der Instruktion »Communio et progressio« dargelegt werden, sondern in ihrer Anwendung auf die deutsche Situation formulieren will, muß eine zumindest skizzenhafte Vorstellung vom Gesamtkonzept selbst entwickeln.

Es kommt hinzu, daß der aktuelle Anlaß, ein Gesamtkonzept zu fordern, zwar der Fall »Publik« war, daß es aber in Wirklichkeit nicht er allein ist, der Veranlassung gibt, die kirchliche Aktivität auf dem Feld der Publizistik kritisch zu analysieren.

In dem Vierteljahrhundert seit Kriegsende hat sich die Szenerie der geistigen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik schon mehrfach gewandelt; aber am schnellsten und gründlichsten geschah dies in den letzten drei, vier Jahren. Von der rühmlichen Sonderstellung, die sich die Kirchen nach 1945 als Überlebende des Kirchenkampfes und als einzige intakte Großorganisation mit internationalen Verbindungen errungen hatten, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Innere und äußere Ursachen haben dabei zusammengewirkt. Nachdem auch die katholische Kirche aufgehört hat, mit *einer* Stimme zu sprechen, ist die öffentliche Geltung dessen, was ihre amtlichen Vertreter äußern, rapide gesunken; die politischen Mächte finden für so gut wie jede ihrer Zielvorstellungen die eine oder andere Argumentationshilfe, den einen oder anderen Advokaten im kirchlichen Bereich. Die große öffentliche Aufmerksamkeit, die das Zweite Vatikanische Konzil ausgelöst hat, hat sich inzwischen dem Richtungsstreit in der Kirche zugewandt und breitet dessen oft wenig erfreuliche Begleiterscheinungen vor aller Augen und Ohren aus. Der Zeitgeist weht der Kirche aber auch sonst ins Gesicht. Er ist in wachsendem Maße antikirchlich, antichristlich, antireligiös geworden. Er versteht sich auch selbst ausdrücklich in diesem Sinne als »aufklärerisch«. Kein Wunder, daß auch die kirchliche Publizistik ins Gedränge kommt, daß ihr Einfluß schwindet, daß sie weithin aufhört, als selbstverständlich und notwendig empfunden zu werden.

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Faktoren. Die kirchliche Presse konnte sich in früheren Jahren der billigen und effektiven Vertriebswege der Pfarreien bedienen. Die Werbung besorgten hilfswillige Geistliche und intakte kirchliche Organisationen. Heute gibt es beides nur noch in begrenztem Maße. Auch die Kirchenpresse ist von der Lohnexplosion betroffen, die gerade im »lohnintensiven« Verlagsgewerbe die Schere zwischen Kosten und Erlösen weit aufgerissen hat. In früheren Jahrzehnten warfen die meisten Kirchenblätter Gewinne ab; viele mußten diese Erträge an die Bistumsverwaltung abführen, konnten sie also nicht zum Ausbau des Blattes verwenden. Fast alle Redaktionen im Bereich der Kirchenpresse sind bis heute viel zu schwach besetzt und können sich zu wenig »leisten«, um die vorhandenen technischen Möglichkeiten auszunützen. Verständlicherweise weigern sich Redakteure und Verleger der Kirchenpresse, in Zukunft das Argument, für Presseaufgaben stünden keine weiteren Mittel zur Verfügung, zu akzeptieren, nachdem im Falle »Publik« so offensichtlich großzügig verfahren worden ist. Sie verlangen z. B. Geld, um eine größere Marktforschungs-Studie in Auftrag zu geben und damit ihre Chance abtasten zu können. Außerdem haben sich die meisten Kirchenblattverlage entschlossen,

eine gemeinschaftlich getragene und kontrollierte Zentralredaktion aufzubauen; auch hierfür erwarten sie finanzielle Hilfe.

Das neue Feld der audio-visuellen Medien verlangt von jedem, der sich dort betätigt, hohe Investitionen. Wenn die Kirche für Katechese, Religionsunterricht, Jugendarbeit usw. nicht auf Erzeugnisse angewiesen sein soll, die mehr oder minder gutwillige und kundige Produzenten herstellen, um damit Geschäfte zu machen, muß sie selbst zu produzieren beginnen, sei es allein, sei es in Zusammenarbeit mit anderen Instanzen. Aber vorher muß sie wissen, was sie benötigt und wie sie diesen Bedarf decken kann. Wie alle Bewerber auf diesem Felde muß sie erst Erfahrungen machen und sich fremde Erfahrungen aneignen. Auch das geht nicht ohne erheblichen Aufwand.

Bezieht man noch – wie die Konzilsdokumente es tun – den Film, das Theater und das (aktuelle) Buch in den Kreis der Medien ein, für die ein »Gesamtkonzept« gesucht wird, ergibt sich eine Fülle weiterer Probleme, deren Verästelungen sogar über das hinausgehen, was man unter »Publizistik« zu verstehen pflegte.

Bevor man daran gehen kann, »Grundsätze für ein publizistisches Gesamtkonzept« zu entwickeln, müßte man eigentlich nachholen, was die Autoren von »*Inter mirifica*« und »*Communio et progressio*« nicht ganz bewältigt haben: die Auflösung des unverbundenen Nebeneinander der beiden Aufgaben, die den »Werkzeugen der gesellschaftlichen Kommunikation« vor allem zugesprochen werden: nämlich »Verkündigung« und »Dialog«. Konkret gesprochen: Ist es die erste und wichtigste Aufgabe eines – sagen wir einmal – Diözesanblattes, die Stimme des Bischofs an den Klerus und die Gemeinden zu vermitteln (natürlich mit allen Resonanzen aus diesem Publikum), oder geht es in erster Linie um das Gespräch der verschiedenen Gruppen und Kreise, Interessen und Bedürfnisse, die im Bistum existieren, wobei dem Bischof keine andere Position, keine stärkere Stimme zukommt als allen übrigen Sprechern? Nimmt das Diözesanblatt teil an dem Lehr- und Hirtenamt des Bischofs (und wenn ja, in welchem Maße, mit welchen Mitteln), oder ist es der »Sprechsaal« der Diözesanen, zumal der Mitglieder der Räte, die durch Delegation, Wahl und Ernennung in besondere Verantwortung gerufen sind? Wer übt, je nach dem, welche dieser Aufgaben vorangestellt sind, das Weisungsrecht an die Redaktion aus? Wer entscheidet in Konfliktsfällen? Inwieweit gilt redaktioneller Anspruch auf Freiheit der Entscheidung, der Auswahl und der Aussage gegenüber dem Bischof, den Räten, den Leser(kollektive)n?

Die Nennung dieser Probleme dürfte genügen, um zu zeigen, daß ihre vorgängige Lösung, so notwendig sie wäre, nicht möglich ist. Das »Gesamtkonzept« muß versucht werden, ohne daß das aus dem Konzil übriggebliebene Dilemma von Verkündigung und Dialog gelöst ist. Ähnliches gilt von anderen prinzipiellen Problemen der konziliaren und postkonziliaren Texte.

Die nächste Grundsatzentscheidung, die einem »Gesamtkonzept« vorausgehen muß, bezieht sich auf eine Frage ohne ekklesiologischen Hintergrund. Sie wurde in der Resolution der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 5. November 1971 bereits in einem eindeutigen Sinne beantwortet; die Erklärung des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz vom 15. November 1971 bekräftigte diese Antwort. Vergrößert gesagt, geht es darum, ob zunächst *tabula rasa* gemacht und dann nach einer Reißbrettskizze alles neugebaut werden soll – oder

ob vom Bestehenden, soweit es sich bewährt hat, auszugehen, dieses zu erweitern und durch Neues zu ergänzen ist, so daß man allmählich zu einem abgerundeten, alle notwendigen Aufgaben abdeckenden Modell gelangen kann.

Die *tabula rasa*-Methode hat für sich, daß keinerlei Rücksicht auf Bestehendes genommen werden muß, daß nach einem durchgängigen Prinzip konstruiert werden kann und daß übersichtliche Verhältnisse geschaffen werden. Sie hat gegen sich, daß ein Rechenfehler im ersten Ansatz das Ganze um seine Funktionstüchtigkeit bringen muß, da der überall gleiche Fehler nirgendwo kompensiert werden kann, und daß Kommunikationsbedürfnisse, Leistungen und Personen, die sich dem Raster nicht einfügen, einfach aus Konzept und Realisierung herausfallen. Sie hat aber vor allem gegen sich, daß sie nicht praktiziert werden kann. Die katholischen Presseorgane sind keineswegs mehrheitlich im Besitz der Kirchenbehörden; es gibt zahlreiche Verlage in Privateigentum, und auch die Orden, Verbände und sonstigen kirchlichen Institutionen, die publizistische Aktivitäten entfalten, können nicht einfach »gleichgeschaltet« werden⁴.

Bleibt also die Methode des wohlüberlegten, kritisch-selektiven Ausbaus des Bestehenden, der die Entwicklung der publizistischen Aktivität der Kirche nach einer klar definierten Zielvorstellung als »regulativer Norm« zu steuern sucht. Auf Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen eines »Gesamtkonzepts katholischer Publizistik« hat K. W. Kraemer schon zu einem bemerkenswert frühen Zeitpunkt⁵ hingewiesen. Und am 3. Dezember 1971 nannte der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken folgende Aufgaben, die ein Grundkonzept einbeziehen müsse:

- »1. Lokale und organisatorische Zusammenlegung der Publizistischen Hauptstellen und der medienkritischen Dienste,
2. Einrichtung eines zentralen kirchlichen Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
3. Ausbau der katholischen Nachrichten-Agentur auf der Basis der Feststellung ihres Aufgabenbereiches als Nachrichtenagentur,
4. Errichtung einer leistungsfähigen Gemeinschaftsredaktion der Bistums- und Kirchenpresse,
5. Förderung, Ausbau und Entwicklung von Presseorganen auf Bundesebene, die zur Intensivierung der Berichterstattung und Meinungsbildung über kirchliche Fragen beitragen können,
6. Erstellung eines realisierbaren Finanzplanes für das publizistische Gesamtkonzept.«

⁴ Von Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit sei hier noch nicht die Rede, obwohl sie bei einem »Gesamtkonzept« natürlich nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. So ist jede beim Publikum eingeführte Zeitschrift einem Markenartikel vergleichbar, dessen Name einen beträchtlichen Wert darstellt; kein Wirtschaftspraktiker käme auf die Idee, ihn einfach zu opfern und Millionen auszugeben, um einen neuen Titel populär zu machen, der dann das gleiche Publikum mit den gleichen Marktchancen erreichen würde. Aber auf Planer, die auf »Flurbereinigung« und »Übersichtlichkeit« ausgehen, machen solche Überlegungen der Zweckmäßigkeit erfahrungsgemäß wenig Eindruck. Sie hören gar nicht hin, wenn sie vorgetragen werden.

⁵ Im 1. Heft des Jahrgangs 1969 der Zeitschrift »Communicatio socialis«.

Nachdem die Zeitschrift »Hochland« ihr katholisches Profil aufgegeben hat, nachdem das Experiment »Publik«, dem das »Echo der Zeit« und »Das Wort« geopfert worden waren, gescheitert ist und nachdem es auch keine katholische Illustrierte und Programmzeitschrift mehr gibt, wird sich vordringlich die Frage erheben, welche gefährdeten Objekte vor dem Untergang bewahrt, auf eine gesunde Grundlage gestellt und gefördert werden müssen, damit das ohnehin stark verringerte publizistische Potential, über das der deutsche Katholizismus verfügt, nicht noch weiter geschwächt werde. Dabei wird man nicht an der Tatsache vorbeisehen können, daß Konzentration und Kooperation überall in der Welt, zumal im Verlagswesen, unaufhaltsam zu sein scheinen, ja daß sie in der Regel nicht als Ursachen des Bösen, sondern als (vorbeugende) Mittel gegen das Schlimmste betrachtet werden müssen. Daß es der kirchlichen Publizistik an Vielfalt der Blätter und an Vielstimmigkeit der Meinungen fehle, wird man kaum behaupten können, wengleich nicht alle »relevanten Standpunkte«, die im Kirchenvolk auf allen Ebenen existieren, »ausgewogen repräsentiert« sein mögen. Auch in der Kirche gibt es schweigende wie verschwiegene Mehr- und Minderheiten; die Umfrageergebnisse der letzten Jahre haben deutliche Diskrepanzen zwischen »öffentlicher« und »veröffentlichter Meinung« zum Vorschein gebracht.

Hier erwartet die Autoren des »Gesamtkonzepts« eine weitere Entscheidung grundsätzlichen Charakters. Im marktwirtschaftlichen System ist der Kiosk der (nicht nur symbolische) Platz, an dem Angebot und Nachfrage von Druckerzeugnissen sich begegnen, Kommunikationsbedürfnisse befriedigt werden oder unerfüllt bleiben, der Käufer über Erfolg oder Mißerfolg einer verlegerischen Konzeption, einer redaktionellen Leistung quasi plebiszitär entscheidet. Mit »Publik« hätte eine andere Möglichkeit zur Erfüllung unterschiedlicher Kommunikationsbedürfnisse ausprobiert werden sollen: das simultane Angebot »pluraler« Informationen, Meinungen und Orientierungen in einem einzigen Blatt. Nur ein solches Vorhaben konnte den außerordentlichen Aufwand aus Mitteln der kirchlichen Allgemeinheit rechtfertigen. Aber tatsächlich ist diese Formel der »Vielstimmigkeit in einer und derselben Zeitung« gar nicht zum Zuge gekommen. Es ist ziemlich müßig, darüber zu streiten, ob die Redaktion ihren Hang zu Selbstaussage und eigener Stellungnahme nicht zurückdrängen wollte oder ob eine solche Formel einfach so systemwidrig ist, daß sie sich nicht verwirklichen läßt.

Das Experiment »Publik« stellt jedenfalls ein Lehrgeld von 32,5 Millionen DM dar, und man sollte den dafür erworbenen Gegenwert nicht geringer einschätzen – die Erfahrung nämlich, daß es unter den obwaltenden Bedingungen chimärisch ist, die Pluralität der Standpunkte und Meinungen in einem einzigen Organ manifestieren zu wollen; das gelingt ja nicht einmal den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die dazu durch Gesetze oder Staatsvertrag verpflichtet sind und die von eigens zu diesem Zweck bestellten Aufsichtsgremien kontrolliert werden (sollen). Dabei ist die Rundfunk-Landschaft säuberlich auf dem Reißbrett durchkonstruiert, systemfremde Elemente sind nicht im Spiel. Hält man sich vor Augen, daß eine »plurale« Zeitung ihr Publikum in Konkurrenz zu richtungsbestimmten Blättern suchen muß, wird auch deutlich, daß ein gewisser Polarisierungseffekt unvermeidlich ist, selbst wenn der Pluralitätsauftrag durch hohe Subventionen gefördert wird und dadurch Wettbewerbsvorteile erhält. Das jeweils neue Blatt muß seine Anhänger unter denen

werben, die vom Bestehenden nicht voll befriedigt werden; es muß »Lücken« und »Nischen« im Markt aufsuchen. Um den speziellen Interessen dieses Publikums gerecht zu werden, muß es eben das bieten, was dieses Publikum haben will; dadurch allein schon profiliert sich das neue Blatt, indem es zu den bestehenden Blättern in einer antagonistischen und komplementären Weise in Opposition geht.

Ein wichtiger Faktor für Überlegungen, die ein »Gesamtkonzept« kirchlicher Publizistik im Auge haben, muß die Mehrdimensionalität des Kommunikationsraumes sein, in dem sich alle diese Aktivitäten zutragen. Früher ging man sowohl in der wissenschaftlichen Forschung wie in der professionellen Praxis meist von den Beziehungen eines einzigen Mediums zu dem Publikum, das von diesem Medium erreicht wurde, aus. Das mochte berechtigt sein, solange die Presse das einzige technische Massenkommunikationsmittel war, dem öffentliche Information und Meinungsbildung zugetraut wurden. Im Grunde war diese Beschränkung aber schon immer unzulässig, da der Mensch auch in zahlreiche vortechnische Kommunikationsbeziehungen eingebunden war und ist, deren Art und Inhalte keineswegs ohne Wirkungen auf seine Kontakte zu den Massenmedien zu sein pflegen. Die empirische Kommunikationsforschung hat in ihrer ersten, stürmischen Phase zu ihrem eigenen Erstaunen gerade die relative Wirkungslosigkeit der Massenmedien gegenüber den interpersonalen Einflüssen erfahren und immer wieder bestätigt gefunden.

Inzwischen hat die Presse mächtige Konkurrenz bekommen. Radio und Fernsehen gelangen in jeden Haushalt. Weitaus die meisten Menschen, die einer entwickelten Industriegesellschaft angehören, wenden sich täglich zwei oder drei verschiedenen Medien zu. Ihr Kommunikationsraum ist mehrdimensional geworden. Sie praktizieren, bewußt oder unbewußt, ein eigenes System komplementärer Nutzung der verschiedenen Kommunikationsmittel und der von ihnen angebotenen Programme. Es hat keinen rechten Sinn mehr, das Verhalten des Individuums unter dem Einfluß nur eines einzigen Mediums und nur in seiner Beziehung zu ihm zu betrachten. Man muß die ganze Komplexität der Wirklichkeit zugrunde legen, wenn man nicht am Leben, wie es ist, vorbeiziehen will.

Auch hier ein Beispiel zur Verdeutlichung: Wenn es zutreffen sollte, daß die kirchlichen Sendungen des Fernsehens einseitig von einer »progressiven« und kontestatorischen Theologie bestimmt werden, dann fiel es durchaus in die Amtspflicht der für die Lehrverkündigung verantwortlichen Bischöfe, für den Auf- und Ausbau publizistischer Gegenregulationen zu sorgen. Dies kann und muß nicht durch Vermittlung des gleichen Mediums geschehen. Vielleicht ist es sogar in mancher Hinsicht besser, wenn die Erziehung der Fernseh-Zuschauer zu wählerischer und kritischer Nutzung der Programme durch Vorträge, Gruppendiskussionen und Pressekommentare geschieht, weil dadurch die eigene Wachsamkeit und Immunität gefördert, nicht einfach das »Richtige« neben das »Falsche« gesetzt wird. Hier ist noch so gut wie alles zu tun. Die neuen Bild-Ton-Träger bieten große Möglichkeiten für den Aufbau einer medienkritischen Arbeit.

Schließlich muß bedacht werden, daß auch die katholische Kirche auf die Dauer nicht darauf verzichten kann, die Stimmen ihrer Leitungsorgane in dem – nicht immer harmonischen – Konzert der Gesamtgesellschaft deutlich zu Gehör zu bringen. Nachdem die Deutsche Bischofskonferenz den Schritt von einer *ad hoc*-Versammlung zur ständigen Einrichtung getan hat, wird die Forderung nach einem

offiziellen Sprecher dieses obersten Gremiums der deutschen Kirche unabweisbar. Ein Presse- und Informationsamt der Kirche entspräche durchaus der Systematik, die mit der kirchenrechtlichen Institutionalisierung der Bischofskonferenz grundgelegt wurde. Auch die Zurückhaltung, die sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bisher auferlegt hat, bedarf dringend der Überprüfung.

So nobel das Schweigen sein mag – allzu leicht gerät unter die Räder, wer sich im Gedränge, das auf der Bühne der öffentlichen Auseinandersetzung herrscht, nicht schnell und schlagkräftig zur Wehr setzen kann, weil die dazu nötigen Werkzeuge nicht bereitliegen.

Wer die innerkatholischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte aufmerksam verfolgt hat, wird in der Forderung nach einem »Gesamtkonzept« für die publizistische Aktivität der Kirche einen alten Bekannten entdecken und begrüßen können. Auch für das katholische Organisationswesen ist lange Zeit nach einem »Gesamtkonzept«, nach Durchforstung oder Wiederaufforstung (nach erfolgtem Kahlschlag), gerufen worden. In der Tat stellen die Sach- und Personalverbände, die natur- oder berufsständisch gegliederten Organisationen, die regionalen und die nationalen Vereinigungen ein schwer zu überschauendes, noch schwerer zu durchdringendes Dickicht dar, das in seinem heutigen Zustand den ganzen historischen Weg der deutschen Kirche vom Mittelalter bis heute nachzuzeichnen erlaubt. Von Bruderschaften, Sodalitäten und Kongregationen bis zu »kritischen Gruppen« gibt es so gut wie alles, was auf diesem Wege entstanden ist, in mehr oder weniger wohlhaltener Gestalt.

Daran hat nicht einmal der Kirchenkampf des Nationalsozialismus etwas geändert, dem die meisten dieser Vereinigungen zum Opfer fielen; nur wenige – im engeren Sinne als kirchlich anerkannte und vom Reichskonkordat noch ein paar Jahre lang geschützte – Organisationen blieben davon ausgenommen. Nach 1945 sind sie fast alle wieder auferstanden, obwohl die Amtskirche dies keineswegs allenthalben förderte oder auch nur guthieß. Wo sich Bischöfe gegen die Wiedererrichtung eines 1933/34 vom Regime unterdrückten Verbandes stellten – nicht weil sie gerade gegen diesen Verband waren, sondern weil er nicht in das ihnen vorschwebende »Gesamtkonzept« paßte, etwa in die konsequente Durchsetzung des »Pfarrprinzips« oder in das der strengen Gliederung nach Naturständen –, wuchsen die Wiederkehrer zuweilen besonders kräftig heran.

Auch diese Erfahrung stimmt skeptisch, was die Beurteilung der realen Chancen eines »Gesamtkonzepts« angeht, das im kirchlichen Bereich verwirklicht werden soll, sofern es die Widerstandskraft des Gewachsenen nicht ernstnimmt.